

Zukunft des Schienenverkehrs in der Region Braunschweig

Klaus Schneck (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die RegioStadtBahn war ein ehrgeiziges und notwendiges Projekt zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Braunschweig. Dieses Projekt aber ist in seinem Ursprungskonzept gescheitert. Es ist gut, dass jetzt alle handeln wollen. Endlich! In den vergangenen Jahren gab es von der Landesregierung nur ein Symbol nach dem anderen. Passiert ist bisher aber nur sehr wenig bis gar nichts. Wenn wir nun über eine Verbesserung des Schienenverkehrs in der Region Braunschweig reden, ist das alles eigentlich nur noch Schadensbegrenzung. Herr Försterling, soviel muss ich Ihnen mit auf den Weg geben: Die Verantwortung dafür kann eindeutig einem Parteibuch zugeordnet werden. Es waren maßgeblich Mitglieder der FDP nicht nur im niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium, sondern auch an anderer entscheidender Stelle.

(Beifall bei der SPD - Björn Försterling [FDP]: Das ist doch wirklich billig!)

Die Beschwerden über die mangelnde Unterstützung aus Hannover kamen auch von Vertretern der CDU und des ZGB. Nun muss es unser Ziel sein, den Schienennahverkehr so schnell wie möglich zu optimieren. Die Verbandsversammlung im ZGB hat reagiert und erste Verhandlungen beschlossen. Mit dem Änderungsantrag von Grünen und SPD machen wir Ihnen ein vernünftiges Angebot der Zusammenarbeit, damit der ZGB die Bedingungen bekommt, um den Ausbau auch zukünftig weiter vorantreiben zu können. Wenn Sie ein ernsthaftes Interesse an einem guten Schienenverkehr in der Region Braunschweig haben, müssten Sie unsere Änderungen gern aufnehmen. Das Konzept Regionalbahn 2014+ reicht nicht aus, um die Bedürfnisse der Region zu erfüllen. Die Menschen können weitere Ankündigungen nicht gebrauchen, sondern sie wollen endlich sehen, dass etwas Konkretes passiert.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])

Weil in der Region alle auf die RegioStadtBahn gewartet haben, hat es in den vergangenen Jahren keine ausreichenden Investitionen in Schienenwege, Bahnhöfe und den Betrieb des Schienenverkehrs gegeben. Es besteht also erheblicher Handlungsbedarf, um den SPNV in der Region zu verbessern. Im Vergleich zu anderen Regionen hängt die Bahninfrastruktur in der Region Braunschweig schon jetzt weit zurück. Die Bürger fordern seit Jahren einen leistungsfähigen und attraktiven SPNV. Wir wollen, dass der SPNV Wohnen, Arbeiten, Lernen, Studieren, Einkaufen, Freizeit, Umwelt und Kundenfreundlichkeit miteinander verbindet.

(Beifall bei der SPD)

Die Wirtschaft und die Hochschulstandorte unserer Region würden davon maßgeblich profitieren. Damit unsere Autobahnen und Straßenwege aufgrund der großen Pendlerströme

nicht weiter kollabieren, muss es ein ausreichendes und attraktives Angebot geben. Die meisten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben heute erst gar nicht die Möglichkeit, mit dem Zug zur Arbeit zu fahren. Diese Forderung ist bis heute aktuell und muss auch nach dem Ende des Ursprungsmodells erfüllt werden.

Es ist nun die Aufgabe der Verbandsversammlung des ZGB, der Bahninfrastrukturgesellschaft DB Netz AG, der Landesnahverkehrsgesellschaft und der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass nach Ankündigungen nun auch Taten folgen und es kein weiteres Hinhalten gibt, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Daher begrüßen wir die Einsicht aller Fraktionen im ZGB, diese Herausforderung anzugehen. Was Sie hier mit Ihrer Mehrheit nun aber als Antrag durchdrücken wollen, reicht nicht aus, um für die Region Braunschweig ein attraktives schienengebundenes Nahverkehrssystem zu schaffen. Deshalb müssen wir darüber reden, wie wir alles umsetzen können, um trotz des gescheiterten Ursprungskonzepts möglichst viele Vorteile des alten Konzeptes in ein neues zu integrieren.

Als Landtag können wir mit unserem Änderungsantrag die Voraussetzungen schaffen, damit in der Region Braunschweig endlich mit Zukunftsperspektive gehandelt werden kann. Unsere Anforderungen an die Zukunft des Schienenverkehrs gehen weiter, als sie im Antrag der Regierungsfractionen beschrieben werden. In den vergangenen Jahren sind die Landesmittel in andere Regionen Niedersachsens geflossen. Alle Landesmittel, die für die RegioStadtBahn Braunschweig vorgesehen waren, müssen nun auch für dieses neue Projekt zur Verfügung stehen und dürfen nicht für andere Zwecke vorgesehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch, dass möglichst viele Verbesserungen der Infrastruktur, die mit der RegioStadt-Bahn verbunden waren, realisiert werden. Es darf keine Entwidmungen von Strecken oder Schließungen von Bahnhöfen geben. Im Gegenteil, in der Fläche brauchen wir mehr Haltepunkte.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Neben sinnvollen Ergänzungen des Netzes in den Städten warten in der Region auch andere dringende Bahnprojekte, wie z. B. der zweigleisige Ausbau der Weddeler Schleife, auf beschleunigte Umsetzung. Außerdem ist es erforderlich, den Schienenverkehr effektiv mit den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln zu verknüpfen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dafür ist nicht nur die Taktung entscheidend, sondern auch das Vorhandensein geeigneter Knotenpunkte. Dies sind unsere Ansprüche an den öffentlichen SPNV in der Region Braunschweig. Damit würde die Region in diesem Bereich wieder Anschluss an den niedersächsischen Standard finden.

Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass nun schnell gehandelt wird. Ein immer weiteres Vertrösten wie bei der Regionalstadtbahn darf es nicht mehr geben, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Auf den Kollegen Schneck liegen mir zwei Wünsche auf Kurzintervention vor. Zunächst hat von der FDP-Fraktion Herr Kollege Försterling für anderthalb Minuten das Wort. Bitte schön!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schneck, ich finde Ihre Eingangsbemerkungen mit den persönlichen Vorwürfen gegen einzelne Personen, die im Zweckverband Großraum Braunschweig Verantwortung getragen haben, in gewisser Weise ein bisschen

(Zurufe von der LINKEN und von der SPD: Zutreffend!)

jämmerlich.

(Zuruf von Klaus-Peter Bachmann [SPD])

- Herr Bachmann, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Dann fangen Sie an, in Ihrem eigenen Laden zu kehren. Wer hatte die Mehrheit in der Verbandsversammlung? Wer hat Vorsitzende der Verbandsversammlung gestellt? Wer war in den letzten Jahren Mitglied in der Verbandsversammlung? Wer hat keine Anträge zu einer Forcierung des Projekts eingebracht? - Herr Bachmann, Herr Schneck, räumen Sie erst einmal im eigenen Laden auf! Dann kann es vorwärts gehen. Dann können Sie auch berechtigte Kritik äußern.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Aber hier einfach wild umherzutreten, ist wirklich nicht die feine Art.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in einer Kurzintervention kann ich nur den Kollegen Schneck ansprechen.

Herr Kollege Schneck, Sie sprechen von einem ersten Schritt in die richtige Richtung. Dem kann ich voll zustimmen. Sie sprechen von einem modernen, zukunftsfähigen Schienenverkehr für die Region. Auch das ist voll zu unterstützen. Wir können fast allen Punkten dieses Antrages zustimmen. Trotzdem ist er zu kurz gegriffen. Ich habe das schon in meinem Redebeitrag gesagt.

Meine Frage ist: Warum schreiben Sie in Ihren Antrag nicht hinein, das Ziel aller Planungen kann nur - das wäre jetzt eine Vision - eine RSB sein, unabhängig von der derzeitigen

Finanzlage. Das würde Ihren Antrag nicht kaputt machen. Sie könnten diese Ziele verfolgen. Sie würden aber politisch deutlich machen, dass Sie an einem zukunftsfähigen Schienenverkehr in Braunschweig festhalten. Das vermisse ich in Ihrem Antrag. Dafür hätte ich gerne eine Erklärung.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Schneck (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ja, Herr Försterling, manche Wahrheit tut weh. Wenn ich hier herumtrete, sieht das mit Sicherheit ganz anders aus. Sie können an der Tatsache überhaupt nichts ändern, dass diejenigen, die im ZGB Verantwortung getragen haben, die, die wir uns noch in der letzten Legislaturperiode in die Besprechungsräume geholt haben und die einen Letter of Intent öffentlich unterschrieben haben, Ihr Parteibuch in der Tasche hatten. Eines möchte ich Ihnen auch zur Ehrenrettung von Herrn Bode sagen: Er hat hier ein Erbe angetreten

(Zuruf von Björn Försterling [FDP])

- Sie wollen kein Lob von mir -, bei dem andere vorher die Breschen so breit geschlagen haben, dass man es im Grunde gar nicht mehr ausmerzen kann. Sie könnten etwas daran ändern, Herr Bode. Sie könnten dafür sorgen, dass Bundesmittel z. B. zum Ausbau der Schienenverkehre auf dem DB-Netz mit in dieses Projekt hineinkommen, und damit dieses Projekt positiv unterstützen.

Frau Kollegin Weisser-Roelle, wir hatten nie so richtig die Mehrheit, um dort etwas verändern zu können.

(Ah! bei der CDU - Zurufe von der CDU)

Sonst hätten wir schon lange das Projekt RegioStadtBahn durchgesetzt. Das ist das Problem gewesen, das man einmal offen ansprechen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Frau Klopp, regen Sie sich mal nicht so auf!

(Beifall bei der SPD)